Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1⅛ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 601. Mittag-Ausgabe. Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 24. Dezember 1866.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 22. Dezember.

17. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 11½ Uhr. Die Tribünen sind fast leer. Am Ministertisch: die Minister v. d. Heydt, Graf zur Lippe und mehrere Regierungs-Commissarien.

Präsident Graf Stolberg-Wernigerode macht Mittheilung von verschiedenen aus dem Abgeordnetenhause herübergekommenen Vorlagen; dieselben werden den betr. Commissionen überwiesen. — Darauf wird sofort in die Tages-Ordnung eingetreten, deren erster Gegenstand der Bericht der Budget-Commission, betr. die Feststellung des Staatshaushalts pro 1867, ist. — Die Commission beantragt: „Das Herrenhaus wolle dem Gesetzentwurf, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, die verfassungsmäßige Zustimmung geben". — Die Commission schlägt außerdem die Resolution vor: „daß ein Bedürfniß zur Errichtung eines Parlamentshauses für beide Häuser des Landtages nicht anzuerkennen sei, indem das Herrenhaus in seinen jetzigen Localien seine volle Befriedigung finde".

Ref. v. Meding motivirt in längerer, aber schwer verständlicher Rede den Commissionsantrag. Wenn auch das Abgeordnetenhaus einzelne Posten abgesetzt, die bewilligt werden müßten, so sei doch nach der Erklärung der Staatsregierung, daß sie versuchen wolle, mit dem bewilligten Budget zu regieren, kein Grund vorhanden, dasselbe zu verwerfen und das Einvernehmen der drei Factoren, das seit langer Zeit wieder einmal in Betreff des Budget zu erreichen sei, seinerseits zu hemmen; zumal im Wesentlichen die Heeres-Organisation genehmigt sei. Der Conflict werde dadurch beseitigt, und wenn wieder ein solcher eintreten werde, müsse das Herrenhaus fest und energisch eintreten, wie früher. Durch die Genehmigung des gegenwärtigen Budgets lasse das Herrenhaus durchaus nichts fallen von seinen alten Principien.

Der Präsident theilt mit, daß vom Herrn v. Kleist-Retzow der hinreichend unterstützte Antrag eingegangen sei:

„Das Herrenhaus wolle beschließen: 1) in Erwägung, daß die königliche Staatsregierung die Erklärung abgegeben hat, den Versuch machen zu wollen, mit dem durch die Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten in wesentlichen Forderungen der Staats-Regierung beschränkten Etats-Entwurf auszukommen, dem Gesetz-Entwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1867, wie er aus den Berathungen des anderen Hauses hervorgegangen, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; 2) unter Wahrung seiner bisherigen Stellung, sein Bedauern über die Absetzung des Dispositionsfonds des Ministers des Innern, so wie über die der Bewilligung des Haupt-Extra-Ordinariums hinzugefügte Bedingung auszusprechen, da eine solche Bedingung mit der Verfassung nicht im Einklang steht."

Herr v. Senfft-Pilsach erklärt sich mit dem Commissionsantrage vollkommen einverstanden, selbst wenn das Verfahren „gewisser Landesvertretungen", seit 6 Jahren dahin gerichtet sei, Einnahmen abzuschneiden und die Ausgaben zu vermehren. Die Klage über den budgetlosen Zustand der letzten Zeit können wir nicht theilen; nur gewisse Zeitungen hatten sie ausgesprochen, im Lande sei keine Klage darüber laut geworden. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, nöthige Summen, wie den Dispositionsfond, abzusetzen, scheinen dem Redner nicht verfassungsmäßig zu sein, und selbst gegen persönliche Angriffe gerichtet; will auch er, um das gute Einvernehmen nicht zu stören, das Budget in der vorliegenden Weise annehmen.

Finanzminister v. d. Heydt: In dem Bericht Ihrer Commission ist die von der Regierung im andern Hause abgegebene Erklärung aufgenommen; ich beschränke mich deshalb auf eine Wiederholung derselben. Es ist jedoch diese Erklärung nicht, wie der Herr Redner glaubt, aus politischen Rücksichten hervorgegangen, sondern die Regierung hat es in Betracht aller Umstände für ihre Pflicht erachtet, nach Lage der Dinge dem Budget zuzustimmen, und sie legt großen Werth darauf, daß der Etat mit der Vertretung des Landes vereinbart werde, und dieser Wunsch ist der Verfassung gemäß. Wenn in einem hier vorliegenden Antrag das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß Positionen gestrichen worden sind, so hat die Regierung dies Bedauern nur theilen können, aber sie hat darin nicht, wie es in diesem Antrag heißt, eine Verletzung der Verfassung erblickt, sonst würde sie aus principiellen Gründen unter keinen Umständen ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Darin weicht die Ansicht der Regierung entschieden von dem Antrage ab, was ich hier ausdrücklich zu bemerken habe.

Graf Rittberg: Wir können mit freudigem Gefühl den vorliegenden Etat betrachten. (Ministerpräsident Gr. v. Bismarck tritt ein.) Das Haus erhebt sich. Der Präsident unterbricht den Redner.

Präsident Gr. Eberhard zu Stolberg-Wernigerode: Wie Sie sehen, haben wir den Vorzug, den verehrten Herrn Ministerpräsidenten unter uns zu sehen; ich glaube mit Ihnen einverstanden, durch Erhebung von den Sitzen ihn zu begrüßen, da wir alle das lebhafte Gefühl der Freude theilen, daß der Herr Minister nach Wiederherstellung seiner Gesundheit mit altem Muth und frischer Kraft seine Dienste unserem königlichen Herrn und dem preußischen König wieder leistet.

Ministerpräsident Gr. Bismarck: Ich spreche dem Herrn Präsidenten und dem hohen Hause meinen herzlichsten Dank aus und hoffe, daß wir wie bisher mit einander unsere Dienste unserem königlichen Herrn darbringen werden in alter Treue; den Erfolg kann nur Gott geben, aber er wird ihn dem redlichen Streben nicht fehlen lassen.

Gr. Rittberg: Wir können uns freuen, daß unsere früheren Vota durch den Erfolg so glänzend gerechtfertigt worden sind, durch die Erfolge der Reorganisation. Redner betont die Nothwendigkeit eines neuen Parlamentsgebäudes und spricht schließlich sein Bedauern aus über die Erhöhung des Porto für Sendungen durch Postanweisung.

Hr. v. Kleist-Retzow: Der vorliegende Etat ist der Beweis des glänzenden Sieges der Staatsregierung über die inneren Feinde. Der Militär-Etat ist bewilligt incl. der Reorganisationskosten; die davon vom Abgeordnetenhause gestrichenen Positionen haben zwar keine sachliche, aber eine rechtliche Bedeutung. Die Resolution ist durch das bedauerliche Schwarzweiß, mit dem die Armee in den Sieg zog; sie geht nicht nach der Melodie des Preußenliedes und des Hohenfriedberger Marsches, sondern nach der Melodie: „Ach du lieber Augustin", „Wir möchten wohl, aber wir können nicht". Man will sich durch diese die Möglichkeit offen halten, um den Conflict wieder herbeizuführen, sobald nur der Wind von Königgrätz hinweggeweht ist. Zur Zeit hat man sich gescheut, den Militäretat und die Minister, welche zu den letzten Erfolgen geholfen haben, anzugreifen, deren Energie und Thatkraft im ganzen Lande bekannt ist. Um so heftiger hat man sich gegen die andern speciellen Fachminister gewendet, und durch Streichung des Polizeifonds und Zufügung der bekannten Bedingung zu dem Hauptextraordinarium die Regierung zu schwächen gesucht. Dieser letzte Beschluß ist verfassungswidrig, da das Haus zwar Rechenschaft zu fordern hat über Etatsüberschreitung, aber nicht über die einzelnen Etatspositionen. Es ist dies ein Eingriff in die Executive der Regierung und ich wundere mich, daß der Herr Finanzminister es annehmen will. Ueberhaupt scheint mir das Ministerium zu viel Selbstverleugnung an den Tag gelegt zu haben; da aber die Regierung erklärt, daß sie mit den bewilligten Posten auszukommen gedenkt, haben wir keinen Grund, sie daran zu hindern, und so stimme ich für das Budget, aber mit meinem Amendement annehmen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich erlaube mir, wenige Worte über die Stellung der Regierung zu dem Amendement des Hrn. Vorredners dem, was der Hr. Finanzminister bereits gesagt, hinzuzufügen. Ich stimme mit dem, was in dem anderen Hause darüber erklärt, wesentlich überein, daß die Regierung sich entschlossen hat, diesem Etat zuzustimmen, obwohl er wesentliche Bedürfnisse nicht befriedigt. Die Regierung ist sich dessen bewußt gewesen, daß sie keine Ausgaben erspart hat, deren Bewilligung sie nicht theils im Interesse des Landes für geboten, theils für nützlich gehalten hätte. Es ist nicht die Bewilligung aller Posten erreicht worden, um den Conflict, welcher seit 5 Jahren schwer auf dem ganzen Lande gelastet hat, zu erneuern, und das Zustandekommen des Budgets zu verhindern. Mit dem ersten Absatz des Amendements stimmt die Regierung natürlich überein; in Betreff des zweiten Absatzes theilt sie das Bedauern über die Absetzung des Dispositionsfonds des Ministers des Innern völlig und nicht minder über die Nichtbewilligung des Extraordinariums. Ich sage „die Nichtbewilligung"; denn die Regierung vermag in dem Beschluß des anderen Hauses eine Bewilligung nicht zu erblicken. Es ist durch diesen Beschluß diese Ausgabe in die Kategorie aller derjenigen gewiesen worden, welche als Etatsüberschreitungen nicht vollständig genehmigt sind, sondern noch von einer neuen nachträglichen Bewilligung abhängig gemacht werden. Die Regierung vermag jedoch darin nicht eine Verletzung der Verfassung und nicht einmal einen besonderen Dissensus mit derselben zu erblicken; sie hält sich auch weder für berufen noch berechtigt, wenn sie diesem Beschlusse diesen Vorwurf machen zu können glaubte, ihn hier auszusprechen, sondern sie würde das dann im anderen Hause rechtzeitig haben thun müssen. Sie hat das nicht gethan, sondern die Gelegenheit ergriffen, den Conflict zum Abschluß zu bringen in der Ueberzeugung, daß es in constitutionellen Dingen nicht nützlich ist, alle Punkte auf's Spiel zu setzen, wenn auch einzelne Punkte unerwünscht mangelhaft sind.

Das Verfassungsleben läßt sich nicht nach mathematischen, vielleicht auch nicht einmal nach juristischen Regeln feststellen, es ist wesentlich ein Leben des Compromisses. Ich halte es für ein Glück für das Land und namentlich für die Beziehungen zum Auslande, welche mir jetzt am nächsten liegen, daß der Conflict für den Augenblick geschlossen ist und namentlich, daß auch die große Mehrzahl unserer bisherigen so heftigen Gegner diesem Friedensschlusse beigestimmt haben. Ein solcher Friedensschluß erfüllt nie alle Wünsche, wird nie allen Berechnungen in allen Richtungen gerecht; selbst der glorreiche Friedensschluß, den uns die Vorsehung in diesem Jahre hat zu Stande bringen lassen, hat nach diesen Richtungen Manches zu wünschen übrig gelassen, was man jetzt als unerreicht bedauert; nichtsdestoweniger ist er ein glücklicher gewesen. So will auch die Regierung die Genugthuung, welche sie darüber empfindet, daß der Zwist, welcher bei seiner langen Dauer auch ruhige Gemüther im Lande verwirrt und gedrückt hat, sich nicht dadurch trüben lassen, daß einzelne Ausgaben, welche theils für unentbehrlich, theils für nützlich gehalten worden sind, versagt worden sind. Das andere Haus hat durch die Fassung seines Beschlusses selbst bekundet, daß es voraussieht, daß nach irgend einer Richtung auf dem Wege der Etatsüberschreitung das hier Verkümmerte seine Befriedignng wird finden müssen. In diesem Sinne möchte ich die Herren bitten, der ersten Resolution zuzustimmen, und ich selbst würde in meiner Eigenschaft als Mitglied dieses Hauses mein Votum für das Bedauern über die verschiedenen Abstreichungen abgeben können, ohne meiner Stellung als Minister Eintrag zu thun; in letzterer Eigenschaft aber halte ich mich nicht für befugt, hier eine Censur über die Verfassungsmäßigkeit oder Nichtverfassungsmäßigkeit der Beschlüsse des anderen Hauses auszusprechen.

Herr Dr. Elwanger (für den Commissions-Antrag): Der Beschluß des anderen Hauses in Bezug auf das Haupt-Extraordinarium sei zwar nicht in der Verfassung begründet, aber darum noch nicht verfassungswidrig; er sei nur eine verklausulirte Ablehnung der 300,000 Thlr., da eine an gewisse Bedingungen geknüpfte Genehmigung, eine Genehmigung, die unter gewissen Umständen nach geschehener Ausgabe zurückgenommen werden könnte, nicht blos nicht in der Verfassung, sondern auch nicht in der Logik begründet sei. Es handle sich also für das Herrenhaus, das früher nach einer solchen Ablehnung dieser Position seitens des anderen Hauses den ganzen Etat verworfen, darum, ob es sich jetzt noch in derselben Lage zu befinden glaube. Dies meint Redner verneinen zu müssen; er begründet diese Auffassung damit, daß mit der Ertheilung der Indemnität, mit der Beendigung des Conflicts auch für das Herrenhaus die Umstände durchaus verändert seien, und daß dasselbe daher, ohne mit seiner früheren Stellung in Widerspruch zu gerathen, jetzt den Etat in der vom anderen Hause aufgestellten Fassung auch nach Absetzung jener 300,000 Thlr. annehmen könne. Redner wird daher für den Antrag der Commission und gegen den Antrag des Hrn. v. Kleist stimmen.

Der Schluß der Discussion wird darauf angenommen. Nach einer längeren Debatte über die Fragestellung wird zuerst über den Antrag der Commission abgestimmt und derselbe mit großer Majorität angenommen. Der zweite Theil von Alinea II. des Kleist'schen Antrages wird abgelehnt: angenommen der erste Theil dieses Alinea, nachdem Herr Camphausen sein Votum gegen denselben damit motivirt hat, daß er zwar auch den betreffenden Beschluß des Abgeordnetenhauses bedauere, das Herrenhaus aber für nicht befugt halte, Beschlüsse des anderen Hauses zu kritisiren.

Während der Abstimmung ist von Herrn v. Below ein Antrag eingegangen: „Das Herrenhaus wolle erklären, daß es die Motivirung des Berichtes seiner Budget-Commission zu der seinigen mache." Der Präsident weist diesen Antrag mit dem Bemerken zurück, daß über Motivirungen nicht abgestimmt würde.

Es wird schließlich die den Neubau eines Parlamentsgebäudes betreffende Resolution, welche von der Budget-Commission beantragt ist, nach einer kurzen Begründung derselben seitens des Berichterstatters, Herrn v. Meding, angenommen.

Es folgt darauf der Bericht der X. Commission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der preußischen Monarchie. Die Commission beantragt: „den vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Gesetz-Entwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

Referent v. Daniels berichtigt einige Druckfehler und verweist im Uebrigen auf den Commissionsbericht.

Herr v. Below begrüßt den Gesetzentwurf mit großer Freude und spricht sein Bedauern darüber aus, daß König Friedrich Wilhelm IV. diesen Tag nicht mehr erlebt habe.

Das Gesetz wird darauf angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz über die Einverleibung der von Baiern und dem Großherzogthum Hessen an Preußen abgetretenen Gebietstheile.

Die Commission beantragt auch hier, das Gesetz unverändert anzunehmen; dies geschieht ohne Debatte, nachdem auch Berichterstatter v. Le Coq auf das Wort verzichtet hat.

Der vierte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den mit dem Großherzog von Oldenburg abgeschlossenen Vertrag; die Commission beantragt, demselben zuzustimmen. — Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen; ebenso wird die im Vertrage bedingte Entschädigung von einer Million Thalern an den Großherzog von Oldenburg ohne Debatte genehmigt.

Schließlich wird über das in der gestrigen Sitzung angenommene Amendement des Dr. Götze zu dem Gesetze über Bauten in Städten und Dörfern nochmals abgestimmt und dasselbe abgelehnt, nachdem Herr v. Schlieckmann dagegen gesprochen, der Justizminister Graf zur Lippe es für überflüssig erklärt und Dr. Goetze es empfohlen. Die Regierungsvorlage wurde angenommen.

Der Präsident erklärt, daß die nächste Plenarsitzung am 5. Januar stattfinden solle und auf die Tagesordnung das gestern im Abgeordnetenhause angenommene Gesetz, betr. die Verfassungsänderung über die Zahl der Abgeordneten, gesetzt werden solle. — Herr v. Meding erklärt jedoch, daß die Commission bis dahin nicht mit der Berathung fertig sein könne. — Herr v. Kleist-Retzow pflichtet dem Vorredner bei, da das Gesetz sehr wichtig und Erwägungen mannigfacher Art dabei zu beachten wären; die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten sei möglicherweise gar nicht wünschenswerth, man könne vielmehr die Wahlbezirke vergrößern. Es sei auch kein Unheil, wenn das Gesetz überhaupt in dieser Session noch nicht zu Stande komme, die berechtigten Eigenthümlichkeiten der betreffenden Länder würden dann noch länger geschont, und auf der anderen Seite könne die starke energische Hand des Königs, wo es nöthig sei, noch länger dort wirken.

Der Präsident erklärt, daß es seine Pflicht sei, die Geschäfte des Hauses möglichst präcis erledigen zu lassen, daß er aber nach den eingeworfenen Bedenken einen bestimmten Sitzungstag noch nicht anberaumen, sondern das Haus, sobald die Arbeiten so weit gefördert wären, besonders dazu einladen werde.

Schließlich wurde noch die Wahl eines Mitgliedes der Staatsschulden-Commission vorgenommen. Es wurde wiedergewählt Herr v. Katte mit 69 Stimmen. — Schluß 2¾ Uhr.

Berlin, 21. Dezember. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Zahlmeister erster Klasse Sauer beim Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem evangelischen Schullehrer und Küster Neumann zu Geesow im Kreise Randow und dem gewerkschaftlichen Obersteiger Johann Stephanik zu Antonienhütte im Kreise Beuthen, Regierungs-Bezirk Oppeln, das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Candidaten der Philologie Dalichau zu Loburg die Rettungs-Medaille am Bande; ferner den geheimen expedirenden Secretären und Calculatoren Block, Kleinschmidt, Conradi im Finanz-Ministerium und Wegener bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, den Charakter als Rechnungs-Rath, den Geheimen Registratoren Abesser, Horn und Koch im Finanz-Ministerium den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem Fabrik-Director Vital Daelen in Bochum ist unter dem 18. Dezember 1866 ein Patent auf ein Walzwerk zum Auswalzen der Radbandagen für Eisenbahnfahrzeuge auf fünf Jahre ertheilt worden.

Berlin, 22. Dezember. [Se. Majestät der König] empfingen heute Vormittag im Beisein des Gouverneurs militärische Meldungen, unter ihnen den Gouverneur von Kassel, General Grafen Monts. Hierauf nahmen Se. Majestät die Vorträge des Militär- und des Civil-Cabinets entgegen. Zwischen 2 und 3 wurden Deputationen der Städte Ems und Aurich empfangen, und um 4 Uhr arbeiteten Se. Majestät mit dem Minister-Präsidenten. Um 5 Uhr größeres Diner, zu dem unter Anderen die beiden Botschafter befohlen sind.

[Die Rede], mit welcher Graf Bismarck die Conferenzen des norddeutschen Bundes am 15. eröffnete, lautet wie folgt:

„Im Auftrage des Königs, meines Allergnädigsten Herrn, habe ich die Ehre, die Conferenzen zur Berathung der Verfassung des norddeutschen Bundes zu eröffnen und den Herren Bevollmächtigten den Entwurf einer Verfassung des Bundes mitzutheilen, welchen die königliche Regierung den verbündeten Staaten zur Annahme empfiehlt.

„Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geschlossen war; er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit nicht, und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der inneren Grenzen Deutschlands ihr anlegten.

„Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen. Diesem allseitig empfundenen und durch die Verträge vom 18. und 21. August bekundeten Bedürfnisse hat die königliche Regierung in dem vorliegenden Entwurfe abzuhelfen versucht. Daß derselbe den einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer particularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesammtheit zumuthet, ist selbstverständlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieses Jahres vorgesehen. Die unbeschränkte Selbstständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten, und die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine localen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbars im Auge behält, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können. Selbst die segensreiche Institution des Zollvereins hat diesem Uebelstande nicht abzuhelfen vermocht, weil einmal ihre Wirksamkeit auf die Zollgesetzgebung beschränkt war und auch die Fortentwicklung dieser kaum anders als in den Kreisen der Existenz, welche sich von 12 zu 12 Jahren vollzogen, bewirkt werden konnte.

„Die königliche Regierung hat sich bei dem vorliegenden Entwurf der Bundes-Verfassung auf die Berücksichtigung der allseitig erkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen. Nichtsdestoweniger verkennt die königl. Regierung nicht, daß die Durchführung der wesentlichen Aenderungen gewohnter Zustände, welche von den beabsichtigten Reformen unzertrennlich sind, für die einzelnen Regierungen eine schwierige Aufgabe bilden und daß die Opfer, welche mit der Herstellung gleicher Pflichten und Rechte aller Theile der Bevölkerung des gemeinsamen Vaterlandes verbunden sind, überall da schwer empfunden werden, wo die bisherige Ungleichheit der Leistungen locale Privilegien zum Nachtheile der Gesammtheit mit sich brachte. Die königliche Regierung zweifelt aber nicht, daß der einmüthige Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde."

∗ [Staatshaushalts-Etat.] Der „Staatsanz." bringt heute das „mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie" erlassene Gesetz über den Staatshaushalts-Etat für 1867, in Einnahme und Ausgabe 168,929,873 Thlr. und zwar 153,634,858 Thaler an fortdauernden und 15,295,015 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.

[Differenzen im linken Centrum.] Der Abg. Frhr. v. Hilgers hatte dem Vorstande des linken Centrums vor acht Tagen folgendes Schreiben übergeben:

„Der Abgeordnete Stavenhagen hat im Laufe der diesjährigen Session in allen wichtigen Fragen mit der Rechten und gegen die Majorität der Fraction gestimmt und hat dies Verfahren gestern (bei der Abstimmung über den Militär-Etat) in auffälligster Weise wiederholt. Der Abg. Stavenhagen hat damit in entschiedenster Weise documentirt, daß er nicht mehr auf dem Boden des linken Centrums steht, und ersuche ich den Vorstand, den Austritt dieses Mitgliedes zu veranlassen. Sollte der Vorstand nicht geneigt sein oder sich außer Stande finden, diesem Antrage zu entsprechen, so erkläre ich hiermit mein Ausscheiden aus der Fraction, da ich nicht gewillt bin, mit Anhängern des derzeitigen Ministeriums gemeinschaftlich zu arbeiten."

Wie die „Rhein. Z." hört, hat der Vorstand in der Fraction blos die Frage angeregt, ob sogenannte Fractionsbeschlüsse, denen auch die Minorität sich zu unterwerfen habe, einzuführen seien, und ist dann diese Frage verneint worden. Hierauf hat Hr. Hilgers in einem zweiten Schreiben seinen Austritt erklärt.

[Die bereits mehrfach erwähnte demokratische Zeitung: „Die Zukunft"] wird unter der Redaction des Herrn Dr. Guido Weiß vom 1. Januar ab, sechsmal wöchentlich, als Morgenzeitung in Folio erscheinen. Dieselbe ist gegründet von den Herren Dr. Johann Jacoby zu Königsberg i. Pr., Stadtverordnete Fromm, DDr. G. und Julius Friedländer, Dr. L. Heffter, Dr. Langerhans, Hauptmann a. D. v. d. Leeden, Ad. Liebermann, Theodor Müller, E. Schlieper und Stadtverordneter W. Straßmann in Berlin. Den Verlag der Zeitung hat der Dr. Julius Friedländer übernommen.

Schwerin, 21. Dezember. [Der Landtag] in Malchin ist heute geschlossen worden.

Lüneburg, 18. Dezbr. [Ueber die Verleitung] militärpflichtiger Hannoveraner berichten die „L. A.": Seit lange wird mit Emsigkeit das Gerücht verbreitet, in England werde eine hannoversche Legion errichtet, und es sei Pflicht der militärpflichtigen Mannschaft, dorthin zu gehen und sich anwerben zu lassen. Jeder Denkende weiß, daß dies durchaus unwahr und nach den englischen Gesetzen völlig unstatthaft und unmöglich ist. Aber trotzdem wird das noch immer von vielen Unwissenden geglaubt und mit großer Geschäftigkeit weiter verbreitet. Ja wir hören sogar, daß auf dem Lande förmliche Agenten umgehen und die Leute überreden, sich der vaterländischen Militärpflicht zu entziehen und nach England zu gehen. Wenn, wie das häufig geschehen mag, Mangel an Reisegeld vorgeschützt wird, so bekommen die Leute sogar unter dem Namen eines Handgeldes einige Thaler und werden dann damit an eine Adresse in Hamburg verwiesen. Dort angekommen, giebt man ihnen ein Billet für ein Kohlenschiff, das nach England geht. Hier angekommen, werden sie wieder freundlichst in Empfang genommen und ihnen zunächst bedeutet, daß die Bildung der Legion noch auf einige Jahre hinausgeschoben sei. Was sollen die Armen nun beginnen? Zurück können sie nicht

wieder, weil entweder das Reisegeld fehlt oder die Werber ihnen sagen, daß sie in der Heimath den härtesten Strafen entgegengingen. So treiben sie sich denn erst lange in London umher, bis das wenige Mitgebrachte verzehrt ist oder sie mit der Polizei in Conflict gerathen. In beiden Fällen sind dann wieder die freundlichen Leute, die sie hinüber gelockt, bei der Hand, um sie aus aller Verlegenheit zu ziehen. Sie bieten ihnen das Reisegeld nach Südamerika an, und wer es nimmt, ist für diese Welt verloren. Wie Sclaven werden diese Unglücklichen auf ein Schiff zusammengepferchert und nach Südamerika transportirt. Dort werden sie in den ungesundesten Gegenden einem Pflanzer zugewiesen, um bei ihm in der schwersten Arbeit bei kärglicher Nahrung das Reisegeld abzuverdienen.

Ottweiler, 20. Dez. [Bei der heutigen Ersatzwahl] für Herrn Geh. Rath Sello ist der Candidat der liberalen Partei Herr Landgerichts-Assessor Julius Sello mit 248 Stimmen gegen 224, welche der Candidat der conservativen Partei, Herr Carl Stumm zu Neunkirchen, erhielt, zum Abgeordneten gewählt worden. (Rh. Z.)

Dresden, 22. Dezbr. [Dementi.] Das heutige „Dresdener Journal" dementirt die Angabe verschiedener Zeitungen, nach welchen der königliche Staatsanwalt in Leipzig die Verfolgung eines Leipziger Blattes wegen Beleidigung der preußischen Armee deshalb abgelehnt haben solle, weil die angeblich beleidigende Kritik sich auf gesetzlichem Boden bewegt habe. Der Leipziger Staatsanwalt, meldet das „Dresd. Journal" weiter, habe die strafrechtliche Verfolgung lediglich deshalb abgelehnt, weil nach sächsischen Gesetzen derartige Beleidigungen durch unmittelbar bei den Gerichten anzubringende Denunciation und ohne Mitwirkung der Staatsanwaltschaft zu verfolgen seien.

Gotha, 20. Dez. [Aussicht auf Annexion.] Es ist neuerdings in den öffentlichen Blättern mehrfach davon die Rede gewesen, daß ein thüringischer Fürst vor andern damit umgehe, zu Gunsten des Königs von Preußen abzudanken. Damit ist bekanntlich der Herzog von Gotha gemeint. Es steht nun zunächst so viel fest, daß Herzog Ernst nach dem Anschlusse an den mächtigen Nachbar und namentlich nach der Verzichtleistung auf die wichtigen Regalien der Armee, der Telegraphie u. s. w. sein Land factisch als ein preußisches betrachtet und unter allen Bundesfürsten sicherlich derjenige ist, welcher sich am wenigsten gegen die formelle Einverleibung sträuben würde. Eine große Zahl von Gothaern — und Thüringern überhaupt — spricht es unverhohlen aus, daß diese Consequenz der Einverleibung nicht ausbleiben kann, und unserem Herzoge fällt es nicht ein, solche Reden etwa durch den Staats-Anwalt verfolgen zu lassen, dergleichen Sprecher zu maßregeln oder in der Beförderung zurückzusetzen. Aber das lassen Sie mich mit aller Entschiedenheit hinzufügen: so lange nicht in Preußen ein entschieden freisinniges inneres Verwaltungssystem durchgeführt wird, so lange man liberale Beamte, Zeitungen u. s. w. maßregelt, liberale Communalbeamte nicht bestätigt, wünscht kein einziger Gothaer diesem Schicksale zu verfallen, und der Herzog theilt diese Abneigung mit allen seinen Unterthanen. Erst dann würde er unter Umständen freiwillig auf das eingehen, was er einst vor dem diesjährigen Kriege bei einem Abschiede zu mehreren Herren seiner Umgebung gesagt hat: „Als Ihr Herzog gehe ich jetzt von Ihnen, als preußischer Landrath komme ich vielleicht zurück". (Magd. Z.)

München, 19. Dez. [Die Presse.] Der Verleger und die Redacteure der bis vor einigen Monaten hier erschienenen „Allgemeinen Rundschau", die Herren Neuburger, dann Dr. Huber und Schlegel, sowie der Verfasser eines Schriftchens über das Cölibat, Dr. Schilling, sind wegen Preßvergehens vor das nächste oberbaierische Schwurgericht verwiesen, und zwar: wegen staatsgefährlicher Aeußerungen, Beleidigung der Kammer der Reichsräthe und Störung des Religionsfriedens. (N. K.)

Landau, 17. Dezember. [Militärisches.] Von München ist die Mittheilung hierher gelangt, daß Landau als Festung im Principe aufgegeben und künftig nur noch ein Infanterie-Regiment, welches zugleich als Rekrutendepot für die Pfalz bestimmt sei, als Besatzung erhalten soll. (A. W.)

Oesterreich.

+ **Oderberg**, 22. Dezbr. [Aus Galizien] kommende Reisende erzählen: Während des vergangenen Feldzuges war wohl nirgends so viel Militär angehäuft als jetzt in Galizien. Die unmittelbare russische Grenze ist auf ca. ⅛ Meile unbesetzt, um so massenhafter sind jedoch Waffengattungen aller Art auf ohngefähr 1 Meile Breite an der Grenze dieses — wahrscheinlich — neutralen Gebiete zusammengedrängt, jedoch auch die weiter nach dem Innern des Landes zu belegenen Ortschaften unterliegen fast den Einquartierungslasten. Jeder mit einem Dache versehene Raum ist in ein Quartier umgewandelt worden; ein großer Theil des Militärs bivouakirt im Freien. (?) Die Preise der Lebensmittel in dieser armen, fast immer im Belagerungszustande befindlichen und von der Rinderpest so oft heimgesuchten Provinz, in letzterer Zeit stets höher, als wo anders, sind neuerdings um ein Bedeutendes gestiegen, obgleich täglich per Bahn und per Axe große Massen zur Verpflegung der Truppen zugeführt werden. Auch das Commißbrot wird vom Aerar geliefert und in zu diesem Behufe aufgestellten Feldbacköfen gebacken. — Die Betreffenden warnen vor einer Reise in die dortige Gegend, weil nirgends ein Unterkommen zu finden sei, und besonders die Rückreise soll mit vielen Plagereien verbunden sein, indem jeder in der Richtung von der russischen Grenze Kommende österreichischerseits für einen Spion gehalten wird. Nur mit genauer Noth entrann vorgestern ein in einem russischen Grenzorte ansäßiger, jüdischer Gastwirth dem Galgen. Derselbe war, wie früher, nach Oesterreich herübergekommen, um diverse Artikel einzukaufen und hatte sich durch sein scheues und furchtsames Auftreten bei dem österreichischen Militär höchst verdächtig gemacht. Obgleich an seinen Legitimationspapieren nichts auszusetzen war, wurde er doch gefangen genommen und nach Lisowek transportirt. Der betreffende Offizier, dem er vorgeführt wurde, meinte, daß man mit derartigem Gesindel kurzen Prozeß machen müsse und der arme Mann wäre vielleicht heute nicht mehr unter den Lebenden, hätte er sich in seiner Angst auf das Zeugniß der Ortsbehörde berufen. Der Ortsvorstand wurde herbeigeholt und erklärte den Gefangenen für ein bekanntes, unverdächtiges Individuum. Hieraufhin wurde er denn entlassen, d. h. nach der Grenze zurücktransportirt, jedoch mit dem Bedeuten, sich in Oesterreich nicht wieder sehen zu lassen. Die Noth soll in Galizien groß und die Stimmung unter den besseren Klassen sehr gereizt sein. So die Reisenden *).

Griechenland.

Athen, 15. Dez. Das englische Kanonenboot „Assurance" brachte 340 cretensische Flüchtlinge aus der Provinz Selinos nach Piräus. Der König ließ durch den General Kalergis dem Capitän desselben danken. Der englische Gesandte versprach für die Flüchtlinge zu sorgen, falls die Mittel des Centralcomite's unzureichend wären. Der griechische Dampfer „Panhellenium" machte diese Woche seine siebente Reise nach Creta mit Munition und Freiwilligen und kehrte unbehelligt zurück. Der englische Gesandte ließ dessen Capitän beglückwünschen. Der Versuch der candiotischen Insurgenten, die Festung Kissamos zu nehmen, mißlang. Coroneos und Zimbrakakis vereinigten sich, auch Mustapha Pascha concentrirt seine Truppen; es heißt, die Egyptier seien entmuthigt. Die Pforte machte den Cretensern neue Vorschläge, die abgelehnt wurden. Die englischen Vice-Consuln im Piräus und in Athen wurden zu correspondirenden Mitgliedern eines philocretischen Comite's ernannt und nahmen diese Ernennung mit Bewilligung des englischen Gesandten in Athen an. Die versuchte Annäherung zwischen Bulgaris und Kumunduros mißlang.

*) A. f. d. R. Zwei Viehhändler, welche gewöhnlich dort ihre Einkäufe besorgten. Dieselben sagten, daß sie das an vielen Orten herrschende Elend gar nicht zu schildern vermöchten und schimpften dabei furchtbar auf Kaiser und Regierung.

Es wird ein Universitäts-Bataillon gebildet. Bei Agrafa in Thessalien soll ein Zusammenstoß zwischen Christen und Türken vorgefallen sein. Im Epirus herrscht Ruhe. (Weitere Ausführung einer früheren Depesche.)

= **Breslau**, 23. Dezember. [Der Zug aus Wien] hat den Anschluß an den Schnellzug nach Berlin nicht erreicht.

= **Breslau**, 22. Dez. [Alarmirung der Feuerwehr.] Die Hauptfeuerwache rückte heute Nachmittag 4 Uhr nach dem Hause Ring Nr. 3, kehrte aber bald wieder zurück, da nirgends eine Feuersgefahr zu entdecken war und nur der zwischen diesem und dem Nachbarhause lagernde Rauch die irrthümliche Meldung veranlaßt hatte.

△ **Dyhernfurth**, 22. Dezember. [Feuer im Schlosse.] Im Schlosse der Frau Gräfin v. Lazareff ist heute Vormittag ein Deckenbrand zum Ausbruch gekommen, zu dessen Bewältigung es der mehrstündigen angestrengtesten Thätigkeit des zur Rettung herbeigeeilten Publikums bedurfte. Es ist ein Glück, daß das Feuer am Tage zum Ausbruch kam, sonst hätte das ganze Schloß ein Raub der Flammen werden können. Der entstandene Schaden, sowohl am Gebäude als an Mobilien ist ziemlich bedeutend.

Breslau, 24. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 6 Z. U.-P. — F. 8 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

München, 23. Dezember. Die „Baierische Zeitung" veröffentlicht ein königliches Rescript d. d. Hohenschwangau, den 14. Dezember, wodurch der Landtag auf den 5. Januar kommenden Jahres einberufen wird. Das Rescript ist vom Freiherrn v. d. Pfordten contrasignirt.

Die „Baierische Zeitung" meldet ferner, daß der König durch ein Handschreiben vom 22. Dezember den Oberappell-Rath Lutz, früher Cabinetsrath unter Pfistermeister, auf die erledigte Stelle seines Secretärs berufen habe.

Rheims, 23. Dezember. Cardinal Gousset ist gestorben.

Florenz, 22. Dez. Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf für das provisorische Budget pro 1. Semester 1867 angenommen.

Einer Mittheilung der „Opinione" zufolge ist es wahrscheinlich, daß General Menabrea als Gesandter nach Wien und Graf Greppi in gleicher Eigenschaft nach Stuttgart gehen wird.

Florenz, 23. Dezember. Die Journale zeigen an, daß der Befehl ertheilt worden sei, zwei Kriegsschiffe auszurüsten, die unter dem Befehl des Admiral Ribotti abgehen sollen, um die Reclamation in Betreff des „Prince Thomas" zu unterstützen.

Die „Opinione" meldet in einer Correspondenz aus Rom vom 20. d., daß Tonello verschiedene Conferenzen mit Antonelli gehabt habe; der römische Hof scheine aber nicht zur Nachgiebigkeit geneigt. Frankreich hat die Anstrengungen Italiens unterstützt, aber bis jetzt resultatlos. Von allen Seiten gebt dem Papst der Rath zur Mäßigung zu. Der Papst hat versichert, daß er Rom nicht verlassen werde.

Florenz, 23. Dezbr. Das am Freitag vorgelegte Budget enthält zwei Specialbudgets: Das venetianische von 76 Millionen Einnahmen und 54 Ausgaben, das Budget der alten Provinzen von 788 Mill. Einnahmen und 997 Ausgaben. Das Gesammtbudget 864 Mill. Einnahme und 1050 Ausgabe. Deficit 186. (Wolff's T. B.)

London, 22. Dez. General Sherman ist nach New-Orleans zurückgekehrt und General Campbell nach Monterey gegangen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war bei fester Haltung belebt. Die 3proc. hob sich von 69, 22½ bis 69, 30 und schloß zu diesem Course. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90 gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 30. Ital. 5proc. Rente 56, 50.. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 403, 75. Credit-Mob.-Aktien 490, —. Lombard. Eisenbahn-Aktien 383, 75. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 305, — 6% Ver. St. pr. 1882 82.

London, 22. Dezbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 90. 1% Spanier 33. Sardinier 72. Italien. 5% Rente 54⅛. Lombarden 15⅛. Mexicaner 18¼. 5% Russen 86⅛. Neue Russen 85½. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 32¼. 6% Ver. Staat.-Anl. pr. 1882 72⅛. — Nebel.

London, 22. Dez., Vorm. Aus Newyork vom 21. d. Abends wird ferner gemeldet: Illinois 116½, Eriebahn 71, Baumwolle 34½.

Frankfurt a. M., 22. Dezember, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Fest. Schluß-Course. Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 105⅛ Hamburg. Wechsel 88½. Londoner Wechsel 119 B. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 89⅝. Finnl. Anleihe —. Neue 4½% Finnländ. Pfandbriefe 81¼ B. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 76⅝. Oesterreich. Bankantheile 643. Oesterr. Credit-Actien 133½. Darmst. Bank-Actien —. Darmstädter Zettelbank —. Meininger Credit-Actien —. Oesterreich.-Franz. Staats-Eisenb.-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn —. Böhm. Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 151⅞. Hessische Ludwigsbahn 131. 5% österreichische Anleihe von 1859 58⅞. 1854er Loose 57¼ B. 1860r Loose 62¾ B. 1864er Loose 65¾. Badische Loose 51¾ B. Kurhessische Loose 53 B. Baierische Prämien-Anleihe 95⅝. Oesterreich. National-Anleihen 49⅞. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques 37½ B. — Bei Abgang der Depesche waren Amerikaner 76 9/16, fest.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. (Effecten-Societät.) Oesterr. Effecten sehr flau. Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 89⅝. Neue Finnl. 4½proc. Pfandbriefe 81¼. Amerikaner 76½. Oesterr. Bankantheile 642. Oesterr. Creditactien 132. Ludwigshafen-Bexbach 151⅞. Hessische Ludwigsbahn 131. 5proc. österr. Anleihe von 1859 58½. 1854er Loose 56¼. 1860er Loose 62⅛. 1864er Loose 64¾. Badische Loose 51¾. Kurhess. Loose 53. Baierische Präm.-Anl. 95⅝. Oesterreich. National-Anleihe 49⅞. 5proc. Metalliques 42⅛ 4½-proc. Metalliques 37.

Wien, 22. Dezember. (Abendbörse.) Flau. Creditactien 151, 00. Nordbahn 154, 00. 1860er Loose 81, 10. 1864er Loose 72, 90. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 206, 90. Galizier 215, 25. Czernowitzer 180, 00. Böhmische Westbahn —.

Wien, 23. Dezember, Mittags. [Privatverkehr.] Stilles Geschäft. Creditactien flau. Creditactien 150, 50, 1860er Loose 81, 30, 1864er Loose 72, 90, Staatsbahn 206, 90, Lombarden 201, 50.

Hamburg, 22. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Stilles Geschäft. Fonds fester. Schluß-Course: National-Anleihe 50½. Oesterr. Credit-Actien 56¼. Oesterr. 1860er Loose 61½. Mexicaner —. Vereinsbank 110¼. Norddeutsche Bank 120¾. Rheinische 115¼. Nordbahn 79. Altona-Kieler alte 139, dito neue 132. Finnländische Anleihe 81¾. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 86. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 80¾. 6proc. Verein.-St.-Anl. pr. 1882 69½. Disconto 3 pCt.

Hamburg, 22. Dezember. [Getreidemarkt] fest, aber ruhig. — Weizen auf Termine höher, pr. Dezember 5400 Pfd. netto 151 Bancothaler Br., 150 Gld., pr. Frühjahr 149 Br., 148 Gld. Roggen flau, pr. Dezbr. 5000 Pfd. Brutto 89 Br., 88 Gld., pr. Frühjahr 87 Br., 87 Gld. Oel loco 25¾, pr. Mai 26¾. Kaffee fest. Zink 500 Ctnr. loco 14¾, Specialmarken 14⅝. — Trübes Wetter.

Liverpool, 22. Dez., Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Sehr fest. Middling amerikanische 14⅝, middling Orleans 14⅞, fair Dhollerah 12, good middling fair Dhollerah 11⅝, midding Dhollerah 11¼, Bengal 8¾, good fair Bengal 9¼.

◎ **Breslau**, 24. Dezember. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 0 Grad Wärme. Bei vorherrschend ruhigem Geschäftsverkehr waren die Getreidepreise am heutigen Markte ohne Aenderung.

Weizen bei ruhiger Frage, pr. 84 Pfd. schles. weißer 83—95 Sgr., gelber 82—90 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — **Roggen** preishaltend, pr. 84 Pfund 64—67 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Gerste** offerirt, pr. 74 Pfd. weiße 57—59 Sgr., gelbe 49—55 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Hafer** ruhig, pr. 50 Pfd. 31—34 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Erbsen** ohne Umsatz. — **Wicken** stilles Geschäft. — **Oelsaaten** schwaches Angebot. — **Lupinen** ohne Käufer. — Schlesische **Bohnen** schwach zugeführt. — **Schlaglein** behauptet. — **Rapskuchen** begehrt, 51—53 Sgr. pr. Ctr.

[Breslauer Börse vom 24. Dezember.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 79—⅛ bez. Oesterr. Banknoten 76⅝ bis ⅛ bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 91⅝ Br. Schlesische Pfandbriefe 87½ bis ¾ bez. u. Br. Oesterr. National-Anleihe 50⅛—⅜ bez. u. Gd. Freiburger 143 bez. Neisse-Brieger —. Oberschles. Litt. A. und C. 178½—¼. Wilhelmsbahn 51 Br. Oppeln-Tarnowitzer 74½ Gd. Oesterr. Creditbank-Actien 56¼ bez. Schles. Bank-Verein 113½ Gld. 1860er Loose 61¾ Gd. Amerikaner 76¾—⅞ bez. Warschau-Wiener 61 bez. u. Gld. Minerva 30½ bez. u. Gd.

Breslau, 24. Dezember. Preise der Cerealien.
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	92—96	86	82—84	Gerste	58—59	55	50—53
do. gelber	88—91	85	82—84	Hafer	34	33	31—32
Roggen	66	67	65—64	Erbsen	68—70	64	55—60

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen**.

Raps	204	194	180	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	188	178	168	
Sommerrübsen	168	158	148	
Dotter	168	158	148	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16 Br., 15⅝ Gld.

Officill gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapskuchen. 400 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. 10,000 Qrt. Spiritus.

Berliner Börse vom 22. Dezember 1866.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	97¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ B.
dito 1850. 52	4	89 G.
dito 1853	4	88⅞ bz.
dito 1854	4½	96⅛ bz.
dito 1855	4½	98⅛ bz.
dito 1856	4½	98⅛ bz.
dito 1857	4½	98⅛ bz.
dito 1858	4½	98⅛ bz.
dito 1864	4½	98⅛ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	84 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	119¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	98 G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	78¼ bz.
Pommersche	3½	78⅛ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	88 bz.
Schlesische	3½	87¼ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90⅛ G.
Pommersche	4	90¼ bz.
Posensche	4	88¾ G.
Preussische	4	90⅛ bz.
Westph. u. Rhein.	4	93½ bz.
Sächsische	4	91 B.
Schlesische	4	91½ B.
Louisd'or 111 bz.		Oest.Bk. 77¼ bz.
Goldkr. 9. 8 B.		Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	44 G.
dito Nat.-Anl.	5	51 bz.
dito Lot.-A.v.60	5	62⅛ bz.
dito dito 64	—	37¼ B.
dito 54er Pr.-A.	4	57½ bz.
dito Eisenb.-L.	—	66½ B.
Ital. neue 5proc.Anl.	5	54⅝ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85 bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	87 G.
dito Poln.Sch.-Obl.	4	61¼ etw. bz.
Poln.Pfandbr.III.Em.	4	60¼ bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89½ bz
dito à 300	5	90 etw.bz.u.G.
Kurhess. 40Thlr. Obl.	—	52¾ et.bz.u.G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29 G.
Amerikan. St.-Anl.	6	77à¼à77⅛ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	96½ G.
dito II.	4½	96 G.
dito IV.	4½	91¾ bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	96¼ G.
dito II.	5	101 G.
dito	4	— — —
dito III.	4	83⅝ B.
dito	4½	94 G.
dito IV.	4	82⅝ bz.
dito V.	4	82¾ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	80 bz.
dito III. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	75¼ bz.
Niederschl.-Märk.	4	89¼ G.
dito conv.	4	89¾ bz.
dito III.	4	88½ bz.
dito IV.	4½	98¼ bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	— — —
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	87¾ G.
dito D.	4	87¾ G.
dito E.	3½	78½ G.
dito F.	4½	94 G.
Oest.-Franz.	3	236 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	220 bz.
Rhein v. St. gar.	4½	86 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	94 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1864	1865	Zf.	
Aachen-Mastrich	—	—	4	30⅝ bz. u. G.
Amsterd.-Rottd.	6 19/30	—	4	104¼ bz.
Berg.-Märkische	7½	9	4	154¼ bz.
Berlin-Anhalt	11⅝	13	4	223 G.
Berlin-Görlitz	—	—	4	70 B.
dito St.-Prior.	—	—	5	100 etw. bz. u. B.
Berlin-Hamburg	10	9½	4	156½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd	16	16	4	219½ bz.
Berlin-Stettin	7⅝	—	4	130 B
Böhm.-Westb.	5	—	5	59½ G.
Breslau-Freib.	8⅝	9	4	143 bz.
Cöln-Minden	15⅝	—	4	148½ bz.
Cosel-Oderberg	¾	2¼	4	50½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	73¾ bz.
dito dito	—	—	5	81 bz.
Galiz. Ludwigsb.	9	—	5	82¼à81¾à82bz.
Ludwigsh. Bexb.	9½	10	4	151½ bz.
Magd.-Halberst.	25	15	4	199 bz.
Magdb.-Leipzig	18¾	—	4	271¾ bz.
Mainz-Ludwigsh	7½	—	4	131½ B.
Mecklenburger	3½	3	4	77 B.
Neisse-Brieger	4⅝	5 [illegible]	4	102 bz.
Niedrschl.Märk.	4	4	4	91 bz.
Niedrschl. Zwgb.	4 1/12	3⅝	4	84 B.
Nordb.Fr.-Wilh.	3 11/15	—	4	80⅛ à 79⅞ bz.
Oberschles. A.	10	11⅓	3½	179 bz.
dito B.	10	11⅓	3½	158 bz.
dito C.	10	11⅓	3½	179 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	104¾à105à104¾ bz
Oest. südl. St.-B.	8	7⅓	5	102¾ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	75 B
Rheinische	6¼	—	4	116¾ bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	117¼ G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	28⅛ bz.
Stargard-Posen	3½	—	4½	93½ bz.
Thüringer	8	8⅓	4	133½ G.
Warschau-Wien	7 11/12	—	5	61 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1864	1865	Zf.	
Berl. Kassen-V.	7 1/10	8½	4	158 G.
Braunschw. B.	—	—	4	85 G.
Bremer Bank	7 9/10	6½	4	117¼ G
Danziger Bank	7½	7 9/10	4	113½ B.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	84½ etw. bz.
Geraer Bank	8	7⅝	4	106½ G.
Gothaer „	7	7½	4	98 B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	84½ G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	129½ G.
„ Vereins-B.	7 31/32	8 19/32	4	109½ G.
Königsberger B.	6¾	6⅓	4	113 G.
Luxemburger B.	4	6	4	77 G.
Magdeburger B.	5 9/10	5⅓	4	92½ G.
Posener Bank	7	6½	4	100½ G.
Preuss. Bank.-A.	10 19/20	10 14/15	4½	152½ B.
Thüringer Bank	4	4	4	67½ etw. bz.
Weimar „	7	6½	4	94 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	107 G.
Coburg Credb.A.	8	8¼	4	89 B.
Darmstädter „	6	6½	4	83½ etw. bz.
Dessauer „	—	—	—	2⅞ G.
Disc.-Com.-Anth	6½	—	4	99 bz.
Genfer Credb.-A.	—	½	4	25¾ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	79 B
Meininger „	7¼	—	4	94⅛ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	17 G.
Oesterr.Credb.A.	5	—	5	67¼ bz. u. B.
Schl. Bank-Ver.	6½	7½	4	113½ G.
Minerva	—	1	5	31 B.
Fbr.v.Eisenbdf.	8½	5½	5	108 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	143⅝ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56.22 bz.
dito dito	2 M.	142½ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅞ bz.	dito dito	2 M.	99⅛ G.
dito dito	2 M.	150¾ bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56.22 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 21⅞ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	86⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80 5/12 bz.	dito dito	3 M.	85¼ bz.
Wien 150 Fl	8 T.	76⅞ bz.	Warschau 90 S.-R.	8 T.	78⅝ bz.
dito	2 M.	76⅛ bz.	Bremen 100 Thlr.Gold	8 T.	110¼ bz.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.